

Bebelstraße wird bald Baustelle **Neustadt will grundhaften Ausbau nicht verschieben**

Stadt Neustadt plant grundhaften Ausbau vom 28. Juli bis 28. November. Von OTZ-Redakteur Peter Cissek Neustadt. Die August-Bebel-Straße in Neustadt soll vom 28. Juli bis 28. November dieses Jahres grundhaft ausgebaut werden, sofern das Wetter dies zulässt. Das teilte Bürgermeister Arthur Hoffmann am Donnerstagabend zur Stadtratssitzung mit.

Die Stadt wird insgesamt 448 000 Euro „in eine der schönsten Straßenzüge Neustadts“, wie Hoffmann sagte, investieren. Da sich die Straße im Innenstadt-Sanierungsgebiet befindet, erhält die Stadt 127 000 Euro Fördermittel vom Land, um gestalterische Elemente wie schon in der Ernst-Thälmann-Straße umsetzen zu können. Auf die Eigentümer anliegender Grundstücke werde lediglich der einfachste Ausbaustand umgelegt, so Hoffmann. Sie müssen sich mit insgesamt 146 000 Euro über Straßenausbaubeiträge beteiligen. Im Zuge der Bauausführung werden durch den Zweckverband Wasser-Abwasser Orla die Trinkwasserleitung sowie Abschnitte des Abwasserkanals und durch die Stadtwerke Neustadt die Gashauptleitung sowie die Elektroanlage einschließlich Hausanschlüsse erneuert

OrlastadteifertSchmalkaldennichtnach Neustadt /OTZ/P.C.).

Der Neustädter Stadtrat ist am Donnerstagabend dem Wunsch zahlreicher Eigentümer der anliegenden Grundstücke, den grundhaften Ausbau der August-Bebel-Straße zu verschieben, nicht nachgekommen. Wie die südhüringische Stadt Schmalkalden sollte Neustadt mit größeren Straßenbaumaßnahmen auf den Zeitpunkt warten, bis das Land Thüringen den Kommunen nicht mehr vorschreibt, von den Anliegern Straßenausbaubeiträge zu kassieren, um Fördermittel zu erhalten. Das forderte Karl-Heinz Stolze im Namen von 18 Grundstückseigentümern, die eine entsprechende Forderung an die Stadträte unterschrieben hatten.

Insgesamt 36 Beteiligte müssen für eine Summe von 146 000 Euro aufkommen. „Es ist nicht einzusehen, warum Grundstückseigentümer eine für jedermann nutzbare Einrichtung bezahlen müssen“, sagte Stolze.

„Wir können nicht sämtlichen Straßenausbau aufschieben. Wenn der Landtag sein Gesetz ändert, wird es bestimmt eine Kommune geben, die in Widerspruch geht. Bis der Fall beim Bundesverfassungsgericht entschieden wird,

kann viel Zeit vergehen. So lange können wir nicht warten“, sagte Bürgermeister Arthur Hoffmann (parteilos). Er riet Anwohnern, unter Vorbehalt zu zahlen, damit sie bei einer Gesetzesänderung ihr Geld zurückerhielten. Im Härtefall seien auch Ratenzahlungen möglich, die individuell vereinbart werden müssten.

Der zweite Beigeordnete Dr. Dieter Rebelein (PDS/Die Linke) sagte, dass es in Neustadt seit Anfang der 90er Jahre die Straßenausbaubeitragssatzung gibt. „Wir können nicht jetzt einen Schnitt machen und sagen, ab der Bebelstraße müssen die Anwohner nichts mehr bezahlen. Es muss ein gleiches Maß für alle geben.“

Vizebürgermeister Carsten Sachse (BfN) wies darauf hin, dass die Kommunen immer weniger Fördermittel bekämen und die Stadt diese Gelegenheit nutzen müsste. Immerhin sei die aus dem 19. Jahrhundert stammende Straße zu DDR-Zeiten nicht erneuert worden. Für die Bürger sei nun aus vier Varianten die kostengünstigste gewählt worden, betonten Beate Ranke (CDU) und Udo Stöckel (BfN).